57. Jahrgang. № 229. Mittwoch, 20. August 1913.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241.
Nachtanschluß: 11.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Kohlensaure Bäder sowie Kur-Bäder aller Art — Diana-Bad 22 Bürgerwiese 22.

RAUM KUNST — Preiswert bei hervorragender Qualität, Keine Durchschnittsware – sondern originelle Modelle, Sorgfältigste Durchführung aller Aufträge bei coulantester Bedienung sind die anerkannten Vorzüge – Größter Umsatz bei kleinem Nutzen ist das Prinzip der „Raumkunst", DRESDEN-A., Viktoriastr. 5/7. Eigene Fabrikation von Wohnungs-Einrichtungen aller Stilarten.

Dresdner Feldschlösschen-Lager bleibt unübertroffen!

Hochelegante Neuheiten feiner, solider Lederwaren — Luxuriöse u. praktische Artikel in jeder Preislage — Oskar Zscheile

1862 Gegründet 1862. J. A. Bruno KÖNIG Dresden-N., Kamenzer Straße 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstraße. Großes Lager und Anfertigung nach Zeichnung. Brautmöbel

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Abnahme der Bewölkung, kein erheblicher Niederschlag.

Leutnant Geyer flog gestern von Königsberg nach Dresden, wo er auf dem Heller landete; später flog er mit Leutnant Knab weiter und landete glatt in Weimar.

Der Ortskrankenkassentag in Breslau nahm eine Entschließung über das Verhältnis der Ortskrankenkassen zu den Aerzten und Apotheken an.

Der Rücktritt des Grafen Berchtold wird in Wiener unterrichteten Kreisen für die nächsten Wochen erwartet.

Der bulgarische Ministerrat beschloß, den Friedensvertrag von Bukarest zu ratifizieren.

Die bulgarische Regierung lehnt es ab, über Adrianopel und Thrazien mit der Pforte direkt zu verhandeln.

Die türkische Regierung läßt offiziös erklären, daß sie nicht beabsichtige, die Grenze über die Maritza hinaus zu verlegen oder Dedeagatsch zu besetzen.

Die Verhandlungen zwischen Rumänien, Serbien und Montenegro über die Bildung eines neuen Balkanbundes nähern sich, nach Petersburger Nachrichten, ihrem Abschluß.

In England wird jetzt aus Anlaß der Nichtbeteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Franzisko für eine Beteiligung Englands Stimmung gemacht.

Die Angriffe der marokkanischen Eingeborenen auf die Spanier dauern fort; Tetuan wird noch immer von Maurele belagert.

Nationaler und wirtschaftlicher Chauvinismus in Frankreich.

Die deutsch-französischen Beziehungen aus der beklemmenden Enge eines fortgesetzten chauvinistischen Reizungszustandes herauszuführen und sie in das breite, sichere Fahrwasser eines vertrauensvollen freundnachbarlichen Verhältnisses zu leiten, ist bisher trotz aller noch so ehrlich gemeinten deutschen Bemühungen nicht gelungen. Es konnte nichts weiter erreicht werden, als daß der amtliche Verkehr sich in korrekten Formen hält, aber darüber hinaus ist uns von französischer Seite noch niemals irgendein greifbarer praktischer Beweis von gutem Willen zur dauernden Aussöhnung gegeben worden, während wir bekanntermaßen wiederholt auf dem Gebiete des Entgegenkommens recht weit gegangen sind und darin des Guten manchmal etwas zu viel getan haben. Heute sind in Frankreich in bezug auf das Verhältnis zu Deutschland wieder einmal alle Bande frommer Scheu gelöst, und die dortigen Vorgänge führen uns aufs neue zu Gemüte, wie gering, ja, fast gleich Null die Fortschritte sind, die im Laufe von 43 Jahren in der Beruhigung der Gemüter unserer westlichen Nachbarn gemacht wurden. Heute sind wir abermals Zeuge der schon so oft beobachteten Erscheinung, daß nach einer kurzen Ruhepause, in der die Glut verborgen unter der Asche weiterglimmt, die Lohe der Revanche wieder hell emporschlägt, und ein ganzes, in seinen breiten Schichten gewiß nicht kriegslüsternes Volk von einer kleinen, aber lauten und leidenschaftlichen, ohne Verantwortungsbewußtsein handelnden Minderheit mit fortgerissen wird.

Wir stehen gegenwärtig in Frankreich einem geschlossenen chauvinistischen Ringe gegenüber, dessen einzelne Glieder zwar nach außen hin vorsichtiger auftreten, als es zur Zeit der Delcassé-Krise üblich war, der aber gerade durch seine Einheitlichkeit um so nachdrücklicher zu wirken vermag. Als Herr Delcassé seine Torheiten beging, standen ihm im Kabinett und in der öffentlichen Meinung starke Widersacher gegenüber, die im entscheidenden Moment ihm in den Arm fielen und so den Ausbruch einer Katastrophe verhinderten. Jetzt dagegen fügt sich alles von oben bis unten in die chauvinistische Ordnung ein. An der Spitze steht der Präsident Poincaré selbst, der als der Vater der neuen Bewegung bezeichnet werden darf. Ihm folgt die französische Heeresleitung, der Generalstab mit dem gesamten Offizierkorps, die überwältigende Mehrheit des Parlaments, im Senat sowohl wie in der Deputiertenkammer, und eine vom nationalen Fanatismus ergriffene Presse tut das Ihrige, um die qualmende Glut des Deutschenhasses zu schüren und krampfhaft im französischen Publikum die Vorstellung eines bewaffneten Ueberfalles durch Deutschland zu nähren, dem Frankreich, das nunmehr durch das neue Wehrgesetz den Deutschen überlegene Frankreich, wie geflissentlich betont wird, nur dadurch wirksam begegnen könne, daß es bei dem geringsten Anzeichen der unmittelbar bevorstehenden Ausführung der angeblichen deutschen Absicht seinerseits mit dem Angriff, der kühnen Offensive, vorangehe.

Der allgemeine Taumel hat auch bereits die gewerblichen Kreise ergriffen, und man versucht es mit einer frischen fröhlichen Hetze gegen die deutsche Wareneinfuhr. Um dieser Bewegung das Mäntelchen der Notwehr umzuhängen und das von einem unverhüllten angriffsweisen Vorgehen zu befürchtende Odium zu vermeiden, wird die frei aus den Fingern gesogene Behauptung aufgestellt, daß Deutschland mit einer Flugblatt-Agitation zum Zwecke des Boykotts fremder, insbesondere französischer Waren vorangegangen sei. Derartige Ausstreuungen auf ihre Wahrheit hin nachzuprüfen, fällt in Frankreich niemand ein. In bezug auf alles, was Deutschland nachteilig und dessen Absichten zu verdächtigen geeignet ist, besitzt das französische Publikum eine fabelhafte Leichtgläubigkeit, und so hat denn auch die neueste gewerblich-chauvinistische Legende bereits ihre Früchte getragen durch die Begründung eines besonderen „Bundes französischer Käufer und Verbraucher", der den Boykott deutscher Waren auf seine Fahne geschrieben hat. Wie gefährlich dieses Treiben für uns ist, nicht nur durch die Aufstachelung der nationalen Leidenschaften, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht, beweist die Tatsache, daß es seine Reflexwirkungen auch anderwärts ausübt. So wollen jetzt die Nordamerikaner dem Shermanschen Antitrustgesetz eine Spitze gegen die deutsche Einfuhr geben, und auch in London macht sich bereits eine ähnliche Boykottbewegung geltend. Es liegt ein wohlberechnetes System in diesem Vorgehen, das von dem Bestreben geleitet wird, der deutschen alljährlich um etwa 900 000 Köpfe wachsenden Bevölkerung die Lebensader zu unterbinden, die für sie der Absatz der deutschen Industrie- und Gewerbeerzeugnisse im Auslande bedeute. Damit nicht genug, sucht die antideutsche Strömung in Frankreich auch den im Lande tätigen deutschen Arbeitskräften das Leben nach Möglichkeit zu vergällen und insbesondere sind es die deutschen Kellner und Hotelangestellten, welche die Zielscheibe heftiger Angriffe bilden. Die jüngste Drohung gegen die in Frankreich ansässigen deutschen Reservisten, gegen die „Vergeltungsmaßregeln" aus Anlaß der doch nur von dem elementarsten Notwehrrecht diktierten deutschen Maßnahmen gegen das zu einer wahren Landplage gewordene Unwesen der Werber für die Fremdenlegion in Vorschlag gebracht wurde, gehört ebenfalls in den Rahmen der chauvinistischen Steigerungen und Herausforderungen Deutschlands, die jetzt an allen Ecken und Enden in Frankreich hervorbrechen.

Was wir von unseren westlichen Nachbarn zu gewärtigen haben, deckte die „Köln. Ztg." im März dieses Jahres an leitender Stelle unumwunden in einem Artikel auf, worin Frankreich direkt als „der europäische Störenfried" bezeichnet und u. a. deutlich gesagt wurde: „Nie ist das Verhältnis zu unserem westlichen Nachbar so gespannt gewesen wie heute, nie hat sich dort der Rachegedanke so unverhüllt gezeigt, und nie ist es so offenbar geworden, daß man in Frankreich die russische Bundeshilfe, die englische Freundschaft nur zu dem Zwecke beansprucht, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. An welchem Ende daher die Welt auch Feuer fangen mag, wir — das ist ganz sicher — werden mit den Franzosen die Klinge zu kreuzen haben. Wann das geschehen wird, kann niemand wissen; sicher aber ist, daß die Franzosen jede Gelegenheit, gegen Deutschland zu marschieren, benutzen werden sobald sie nur mit einiger Zuversicht hoffen dürfen, durch die Ueberlegenheit der eigenen Waffen oder durch die Hilfe Rußlands und Englands zu siegen." Hier ist ungeschminkt ausgesprochen, wie es in Wahrheit um die französische Volksseele steht, die von einer kleinen, aber mächtigen Clique von Chauvinisten jeden Augenblick in die zur Herbeiführung eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland erforderliche Erregung versetzt werden kann. Ein Abebben der chauvinistischen Hochflut ist seit jenem Zeitpunkte noch nicht zu verzeichnen. So stehen die Dinge. Wir Deutschen bedauern diese verquerte Entwicklung auf das äußerste, weil wir nur zu gut wissen, daß eine deutsch-französische Verständigung eine völlige Umwertung aller bestehenden internationalen Verhältnisse zur Folge haben und nach menschlichem Ermessen jede Kriegsgefahr unter den europäischen Großmächten ausschalten würde. Solange aber die Franzosen fortfahren, wie hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen zu starren und ihre gesamte auswärtige Politik ausschließlich nach der Richtschnur zu orientieren, wie sie die größtmöglichen Aussichten zur Niederwerfung Deutschlands in einem Revanchekriege gewinnen können, so lange werden wir auch die Hoffnung auf eine innerliche, über die bloße konventionelle Höflichkeit hinausgehende Annäherung zwischen den beiden Ländern begraben und uns mit der kühlen Ruhe des Starken auf alle Möglichkeiten einrichten müssen.

Die türkischen Kriegsdrohungen

stehen im Mittelpunkt des Interesses, soweit der Balkan in Frage kommt. Zu den alarmierenden Mitteilungen, daß türkische Truppen die Maritza bereits überschritten hätten, erklärt der offiziöse Konstantinopeler „Tanin", die Pforte beabsichtige nicht, die Maritza zu überschreiten oder die Grenze über den Fluß hinaus vorzuschieben. Da die Absichten Bulgariens unbekannt seien, so hätten die Türken einige Posten an der Maritza besetzen müssen, deren Bevölkerung des Schutzes bedurft habe. Aber diese Lage könne nicht andauern. Die Pforte habe das Oberkommando der Truppen angewiesen, Dedeagatsch nicht zu besetzen. — Auch auf eine Anfrage des Oberkommandierenden der thrazischen Armee an die Pforte, ob er dem Wunsche des griechischen Kommandanten nachkommen und den Schutz der Türken und Griechen in Dedeagatsch übernehmen solle, antwortete die Pforte, daß die türkische Armee, um Komplikationen zu vermeiden, von einer Besetzung weiterer Gebiete jenseits der Maritza absehen solle.

Bulgarien will nicht mit der Türkei verhandeln.

Die Türken haben Bulgarien vorgeschlagen, über Adrianopel und Thrazien direkte Verhandlungen zu führen. Die bulgarische Regierung hat das mit dem Bemerken abgelehnt, daß diese Frage von der Londoner Konferenz bereits gelöst sei, und daß infolgedessen die Türkei sich mit den Großmächten darüber ins Benehmen zu setzen hätte.

Die türkische Abordnung in den europäischen Hauptstädten.

Am Sonntag traf in London eine Deputation von sechs Vertretern der Bevölkerung von Adrianopel ein, die auf der Rundreise durch die europäischen Hauptstädte begriffen sind. Die Abgesandten werden demnächst im Londoner Auswärtigen Amt empfangen. Sie erklären, nur unter einer türkischen Regierung sei eine religiöse Toleranz sicher, und aus diesem Grunde wünsche die Bevölkerung, daß Adrianopel der Türkei verbleibe. Würde Adrianopel den Bulgaren ausgeliefert, so würden Männer, Frauen und Kinder das Land vor den Bulgaren verlassen. Sie hätten sie einmal gesehen, und das genüge.

Am Montag traf die Abordnung in Petersburg ein und begab sich noch am gleichen Tage in das Ministerium des Aeußeren, wo sie von dem Chef der Sektion für orientalische Angelegenheiten, Fürsten Trubetzkoi, empfangen wurde. Dieser beschränkte sich darauf, den Delegierten zu erklären, daß ihre Mitteilungen und ihr Memorandum zur Kenntnis des Ministers des Aeußeren gebracht werden würden.

Der Bukarester Friedensvertrag.

Der bulgarische Ministerrat beschloß, den Friedensvertrag von Bukarest zu ratifizieren. Der bezügliche Ukas wird unverzüglich erscheinen und der Sobranje in der nächsten Herbstsession zur Sanktion unterbreitet werden. Der Austausch der Ratifikationen wird in Bukarest erfolgen.

Der frühere österreichische Minister Graf Andrassy spricht sich in der „N. Fr. Pr." gegen die Revision des Bukarester Vertrages aus. Er führt aus: Bulgarien, das nicht Oesterreichs Verbündeter gewesen und bisher eher noch auf Rußland höre, habe seine Lebensfähigkeit nicht verloren. Die Vergrößerung Serbiens und Griechenlands verleihe diesen Staaten nicht eine Oesterreich bedrohende Macht. Die große Kraft des Dreibundes habe bisher darin bestanden, daß er in den orientalischen Fragen eines Sinnes war. Der jetzige Fall habe den Eindruck der Einheit des Bundes geschwächt. Die Frage der Zugehörigkeit einiger mazedonischer Gemeinden sei das nicht wert gewesen. — Sehr richtig!

Ein neuer Balkanbund?

Die Verhandlungen zwischen Rumänien, Serbien und Montenegro über die Bildung eines neuen Balkanbundes sollen sich, wie man in Petersburg wissen will, ihrem Abschluß nähern. Zur endgültigen Regelung aller einschlägigen Fragen werde in Belgrad eine Konferenz der Ministerpräsidenten stattfinden.